



Fraktionsvorsitzende
Inge Ganter
Klosterstr. 6
76646 Bruchsal
inge.ganter@kreistag-karlsruhe.de

Kreistagsfraktion Bd.90/Die Grünen | Inge Ganter

An den
Landkreis Karlsruhe
Herrn Landrat Dr. Christoph Schnaudigel
Beiertheimer Allee 2
76137 Karlsruhe

Bruchsal, 27.04.2020

Antrag zum Beitritt in das Bündnis der «Städte Sicherer Häfen»

Sehr geehrter Herr Landrat,

unsere Fraktion möchte besonders im Hinblick auf den neuen Standort einer Erstaufnahme-Einrichtung in Eggenstein-Leopoldshafen und die damit verbundene Verminderung der gesetzlichen Verteilungsquote auf Kommunen im Landkreis Karlsruhe, ein deutliches Signal zu einer weiterhin humanitären Aufnahme von Flüchtlingen setzen. Die Stadt Karlsruhe, ebenfalls Sitz einer Erstaufnahme-Einrichtung, ist dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ im Februar 2019 beigetreten. Wir verstehen uns als Sozialregion und sehen keine zementierte Landkreis-Außengrenze. Mit dem Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ schließt sich der Landkreis Karlsruhe dem von der Stadt Karlsruhe gesetzten Zeichen innerhalb der Region an und legt damit keinesfalls eine neue Quote fest. Die Zielrichtung des Bündnisses ist, deutschlandweit Solidarität mit Flüchtenden zu zeigen und die Menschenwürde nicht weiterhin zum Spielball der europäischen Politik zu machen.

„Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die kommunale Politik tätig werden muss. ...

Wir wollen nicht weniger Rettung, sondern viel, viel mehr!“ (seebrücke.org)

Diese Forderungen unterstützend stellen wir den folgenden Antrag:

1. Der Landkreis Karlsruhe erklärt sich zum «Sicheren Hafen» und tritt dem kommunalen Bündnis «Städte Sicherer Häfen» bei.
2. Der Landkreis Karlsruhe erklärt sich für eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereit. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Baden-Württemberg hergestellt.
3. Der Landkreis fordert die Bundesregierung auf, die Möglichkeit für Kommunen zu schaffen, zusätzlich Menschen aus Seenot aufnehmen zu können. Eine Möglichkeit bestünde im Rahmen einer Neuansiedlung gem. § 23 Absatz 4 AufenthG.

4. Der Landkreis sorgt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.
5. Der Landkreis setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein.

Begründung:

Seit Monaten harren mehr als 40.000 Menschen, darunter viele Familien und unbegleitete Minderjährige, auf den ägäischen Inseln aus. Dabei fehlt es sowohl an einer medizinischen Grundversorgung, als auch an Nahrungsmitteln. Gleichzeitig feiern wir 70 Jahre Grundgesetz, unseren Rechtsstaat und die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Wir erleben eine beispiellose gesundheitliche, menschenrechtliche und politische Katastrophe. Angesichts der weltweiten Corona-Pandemie müssen wir mehr denn je solidarisch handeln und jene unterstützen, die von dieser Katastrophe besonders schwer betroffen sind. Das sind neben Alten auch geflüchtete Menschen an unseren Außengrenzen. Doch anstatt verfolgte Menschen zu schützen, schottet die EU sich weiter ab und schaut dem Leid an ihren Außengrenzen und auf dem Mittelmeer weiter zu. Dabei sind viele Städte, Kommunen und Landkreise bereit, mehr geflüchtete Menschen aufzunehmen, als ihnen zugewiesen werden. Doch schlussendlich entscheiden die Nationalstaaten ob geflüchtete Menschen aufgenommen werden dürfen oder nicht. Bis dato erklärten sich über 140 deutsche Städte und Landkreise - darunter auch Städte wie Berlin, Freiburg, Stuttgart und Esslingen sowie Landkreise wie der Landkreis Konstanz mit der Initiative SEEBRÜCKE solidarisch. Die Initiative setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Denn dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung zum menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden.

Für die Fraktion:

Inge Ganter und Barbara Saebel